



For the Europe-wide protection of cash

www.Bargelderhalt.eu



Hansjörg Stütze · Krummes Land 11 · D-88690 Uhdlingen-Mühlhofen

Abgeordneter des Deutschen Bundestags
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Hansjörg Stütze

Krummes Land 11

D-88690 Uhdlingen-Mühlhofen

Tel.: (+49) 07556 / 920 215

E-Mail: info@bargelderhalt.eu

Uhdlingen-Mühlhofen, 18. April 2026

EU-Abstimmung im Mai: Ohne konsequenten Schutz des Bargelds droht Vertrauensverlust

Sehr geehrter Herr Abgeordneter,

ich wende mich heute als Initiator der Petition für den europaweiten Schutz des Bargelds (www.Bargelderhalt.eu) direkt an Sie. Engagierte Menschen haben in Deutschland bei Wind und Wetter Unterschriften gesammelt. 340.000 Unterstützer, darunter prominente Personen wie der frühere Bundesbank-Vizepräsident Prof. Franz-Christoph Zeitler, haben sich der Initiative angeschlossen. Sie alle wollen, dass Bargeld entgegen dem Trend bei privaten Anbietern, Behörden und Verkehrsbetrieben akzeptiert bleibt und dass 90 Prozent der Bevölkerung innerhalb von zwei Kilometern an Bargeld gelangen.

Wie Sie wahrscheinlich wissen, ranken sich viele Gerüchte um die Zukunft des Bargelds. Häufig wird behauptet, die Politik wäre drauf und dran, das Bargeld abzuschaffen oder zu verbieten. Einige öffentlich-rechtliche Medien versuchen die Sorgen zu zerstreuen und halten den Gerüchten entgegen, was der Koalitionsvertrag an Bekenntnissen zum Erhalt des Bargelds hergibt.

Leider vermögen diese Faktenchecks kaum zu überzeugen. Bitte verzeihen Sie mir, wenn ich Ihnen sagen muss: Niemand braucht Angst zu schüren vor einer Welt ohne Bargeld – wer die Fakten kennt, dem kann nur angst und bange sein. Weshalb die Lage dramatisch ist, erfahren Sie in unserem anliegenden Brief an den Intendanten des ZDFs, Dr. Norbert Himmler. Ich empfehle Ihnen insbesondere die Seiten 10 bis 20.

Unter einer Bargeldabschaffung verstehen wir Bürger nicht unbedingt eine politische Maßnahme, sondern ganz einfach den Verlust eines vollwertigen, universell akzeptierten staatlichen Zahlungsmittels. Wenn die Politik zuschaut, wie das Barzahlungssystem zerfällt,

während sie betont, das Bargeld erhalten zu wollen, nimmt das Vertrauen in unseren Staat ab – mit allen daraus erwachsenden Folgen. 85 Prozent der Menschen wünschen sich die universelle Akzeptanz des Bargelds.¹

Am 5. Mai stimmt der Währungsausschuss des EU-Parlaments zum einen über den digitalen Euro, zum anderen über die Bargeld-Verordnung ab. Die Gesetzesvorschläge der EU-Kommission vom 28. Juni 2023 haben ein fatales Signal gesendet und nähren die Gerüchte, der digitale Euro solle das Bargeld ersetzen. Den Grund offenbart ein Vergleich der beiden Rechtstexte: Die EU-Kommission plante eine achtfache Benachteiligung des Bargelds gegenüber dem digitalen Euro. Die Einzelheiten entnehmen Sie in unserem Brief an den ZDF-Intendanten ab Seite 21. Der Wirtschaftswissenschaftler Prof. Christian Rieck kommentierte die Ungleichbehandlung mit den Worten:

„Ein gesetzliches Zahlungsmittel, das privilegiert wird, verdrängt das andere durch ökonomische Incentives, nicht durch demokratische Entscheidung.“²

Sehr geehrter Herr Abgeordneter, ich hoffe, mein Brief erreicht Sie nicht zu spät. Es verbleiben nur wenige Tage, in denen Ihre Kollegen im EU-Parlament die Bargeld-Verordnung 2023/0208(COD) verbessern können, damit Banknoten und Münzen eine zukunftsfähige Basis erhalten. Mit der verpflichtenden Akzeptanz des Bargelds in der Privatwirtschaft ist es nicht getan. Solange Verkehrsbetriebe und Bürgerämter Bargeld ablehnen, werden Menschen von der öffentlichen Teilhabe ausgeschlossen. Denken Sie an die Vorbildfunktion des Staates: Niemals darf der Staat sein eigenes Geld ablehnen und damit das Bargeld als Zahlungssystem und das Vertrauen in die gemeinsame Währung schwächen. Der Staat muss vielmehr unsere Grundrechte schützen.

Wie das gelingen kann, zeigen wir in der zweiten Anlage anhand von 13 Punkten auf. Sollte das etablierte und bewährte staatliche Zahlungsmittel nicht die gleichen Rechte erhalten wie der digitale Euro, wird sich die Politik den Vorwurf gefallen lassen müssen, durch die Hintertür das Bargeld abzuschaffen. Der resultierende Vertrauensverlust in den Staat wäre ein gewaltiger Schaden für die Demokratie.

Wir bitten Sie, sich auch für einen wertschätzenden Diskurs in unserer Gesellschaft starkzumachen und mit gutem Beispiel voranzugehen. Eine Demokratie lebt von der Debatte und davon, dass jedes Thema fachlich und angstfrei thematisiert werden darf. Menschen wie ich, die sich aufrichtig für eine Zukunft mit Bargeld engagieren, sind inzwischen verschiedensten Anfeindungen ausgesetzt.

Grund dafür ist eine verunglimpfende Berichterstattung. Daran beteiligen sich öffentlich-rechtliche Medien wie das ZDF. Der Erhalt des Bargelds wird als Masche niederträchtiger Gruppierungen hingestellt, die angeblich Ängste schüren und damit Unterstützer um sich scharen wollen. Man verzichtet darauf, die Argumente seriöser Kritiker zu behandeln; ihre Rundfunkbeiträge kassiert man jedoch anstandslos. Bei unbedarften Lesern entsteht der Eindruck, nur Spinner befassten sich mit dem Thema Bargeld. Wir haben daher

mit unserem Brief eine Programmbeschwerde an den ZDF-Intendanten gerichtet. Das Schreiben geht in Kopie an sämtliche regionalen und überregionalen Medien; auch zahlreiche Journalisten mit Wirtschafts- und Europabezug erhalten von uns jetzt Post.

In diesem Sinne hoffe ich für uns alle, dass Sie in den nächsten Tagen und Wochen alles unternehmen für eine Zukunft mit Bargeld. Denn gerade Deutschland kommt in den Verhandlungen auf EU-Ebene die entscheidende Rolle zu. Können wir mit Ihrer Unterstützung rechnen? Für einen persönlichen Austausch bin ich jederzeit offen.

Mit freundlichen Grüßen vom Bodensee

Hansjörg Stützle

PS: Welche Tragweite die universelle Akzeptanz des Bargelds besitzt, haben wir für Sie in einer 20-minütigen Videobotschaft aufgearbeitet. Über die Webadresse www.Bargelderhalt.info/video-de oder den QR-Code rechts gelangen Sie direkt ans Ziel. Eine englische Vertonung finden Sie unter www.Bargelderhalt.info/video-en.



Quellen

1. Siehe Befragung des Europäischen Verbraucherschutzverbands BEUC, „Free, easy and secure: What consumers expect from the digital euro“, September 2025, Seite 12, https://www.beuc.eu/sites/default/files/publications/BEUC-X-2025-085_What_consumers_expect_from_the_digital_euro-copy.pdf.
2. LinkedIn-Beitrag von Christian Rieck, 08.11.2025, <https://www.linkedin.com/feed/update/urn:li:activity:7392922392609624065/>.

Anhänge

1. [Programmbeschwerde an den ZDF-Intendanten](#)
2. [Fachaufsatz „13 Punkte zur Verbesserung der EU-Bargeld-Verordnung“](#)